

Minister: LBBW in Mannheim geschwächt

Heribert Rech sieht bei Fusion Bedeutungsverlust / Oberbürgermeister Kurz will kämpfen

Von unseren Redaktionsmitgliedern
Martin Bommersheim und Stephan Wolf

Mannheim/Stuttgart. Die erste Sitzung nach dem Sommerurlaub führte Heribert Rech (CDU) gestern zum Eigentümer-Treffen der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Noch bevor die Vertreter von Land, Stadt Stuttgart und Sparkassenverband zusammen kamen, verkündete der Stuttgarter Innenminister, was eine mögliche Fusion der LBBW mit der WestLB für die Metropolregion bedeuten würde: Mannheim werde seine Funktion und Bedeutung als Hauptsitz der LBBW verlieren. Das gleiche gelte auch für Karlsruhe.

„Wenn Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eine Ehe eingehen, wird ein Sitz in Stuttgart und ein anderer in NRW sein“, sagte Rech im Südwestrundfunk. Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) kündigte an, für den Erhalt des LBBW-Hauptsitzes zu kämpfen. Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) wollte sich auf Anfrage dieser Zeitung nicht zur

Zukunft des Bankplatzes Mannheim äußern.

Innenminister Rech versprach, es sei das Bestreben der Landesregierung, das Gros der Arbeitsplätze bei einem Zusammenschluss zu erhalten. Dies ändere aber nichts am „übergeordneten Ziel“, die Fusion der Landesbanken hinzubekommen. Diese diene der Versorgung des Mittelstandes mit Kapital. Und das gelinge im notwendigen Umfang nur nach einem Zusammenschluss der beiden großen Landesbanken. Diese wären dann gemessen an ihrer Bilanzsumme hinter der Deutschen Bank die Nummer zwei in der Bundesrepublik.

Sollte Rechs Prognose zutreffen, bedeutet der Verlust des Hauptsitzes aber nicht zugleich eine Schließung des Standortes Mannheim mit seinen 516 Beschäftigten. Wäre Mannheim kein Hauptsitz mehr, würde künftig allerdings kein Vorstand mehr hier beheimatet sein. Derzeit steuert LBBW-Vorstand Peter Kaemmerer von Mannheim aus das Auslandsgeschäft. Die LBBW hat im Gespräch mit dieser Zeitung betont, dass der Standort Mannheim nicht

zur Disposition stehe. Wie viele Menschen mit welchen Aufgaben aber nach einer Fusion hier arbeiten, ist eine bislang ungeklärte Frage. Rech sprach sich dafür aus, die Jobs sollten „regional so verteilt werden, wie es den regionalen Strukturen des Landes gerecht“ werde.

Mannheims Oberbürgermeister Kurz will sich für den Erhalt des Bankenstandorts Mannheim einsetzen. Zentral sei, dass in Mannheim keine Arbeitsplätze verloren gingen. Es sei für die Metropolregion zudem von großer Bedeutung, dass die Unternehmen einen direkten Zugang zu den Banken hätten. Auch deshalb werde er sich in die anstehenden Verhandlungen einschalten, um die Interessen der Stadt zu vertreten.

Zweifel an der von der LBBW geäußerten Bestandsgarantie für den Standort äußerten Lothar Mark, Helen Heberer und Frank Mentrup, allesamt SPD-Abgeordnete auf Bundes- oder Landesebene. „Erst ist nichts konkret und dann gleich alles zu spät“, warnen sie in einer gemeinsamen Erklärung.